

Aus: Politisches Lernen 3–4/16, Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen e.V. — www.dvpb-nw.de — Veröffentlichung an dieser Stelle mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlags.

Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland

**Dietrich Heither / Adelheid Schulze (2015):
Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte
rechtsradikaler Gewalt in Deutschland**

Berlin: Metropol-Verlag, ISBN 978-3-86331-261-9, 527 Seiten, 29,00 €

Wie kommt es nur, dass, wenn Gefahr von rechten Ideologen und ihren Parteigängern droht, wenn rechte Banden Andersdenkende oder „fremd“ aussehende Menschen in Lebensgefahr bringen oder sie umbringen, wenn rechte Brandstifter Heime für jene, die vor Krieg und gewalttätigen Machthabern geflüchtet sind, anzünden, dass dann das politische Establishment, Verständnis für Ängste zeigend, vielfach ebenfalls nach rechts rückt? Nicht ganz so weit nach rechts, wie die Banden und ihre bürgerlichen Ideologen, aber doch weit genug, um einige Grundrechte bis zur Unkenntlichkeit zu verändern? Gern unter der Parole der Sicherung der nationalen Identität und der „Leitkultur“.

Was ist das für ein Rechtsbewusstsein, auf die über die Hunderte von Angriffen auf Flüchtlingsheime und ihre Bewohner mit beschleunigter Abschiebung von Flüchtlingen zu reagieren und den Zuzug von politisch Verfolgten zu begrenzen? Wer hat sich hier schuldig gemacht? Wer bedarf des Schutzes rechtsstaatlicher Instanzen des demokratischen Staates? Kann nun eine gewaltbereite Minderheit bestimmen, wie viele Zufluchtsuchende die Mehrheit willkommen heißen darf? Und geht es „nur“ um Flüchtlinge?

Die parlamentarischen Mehrheiten in Polen und Ungarn sind nicht nur übereinstimmend gegen die Aufnahme muslimischer Flüchtlinge. Sie sind auch gegen ein „Zuviel“ an Pressefreiheit und gegen ein „Zuviel“ an Verfassungsgerichtsbarkeit. Und gegen einige der Europäischen Grundrechte wie das der sexuellen Selbstbestimmung sind sie gleich mit. Der ungarische Ministerpräsident Orbán und seine polnische Kollegin Szydło sind mit ihrer Ansicht, dass Muslime nicht

ins „christliche Abendland“ passen, bei der CSU herzlich willkommen. Angehörige des gehobenen Bürgertums wie der AfD-Gründer Professor Bernd Lucke, der ehemalige Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungsinstitute e.V., Olaf Henkel, und die schießwütige (aber nicht auf Kinder, nur auf flüchtende Mütter) Beatrix von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, bilden mit den Europa-Abgeordneten der polnischen Klerikal-Faschisten der PIS und der französischen Front National eine Fraktionsgemeinschaft im Europäischen Parlament. Die ungarische Rechte hat Heimstatt bei den europäischen Christdemokraten gefunden. Alles fließt, sagte schon Heraklit vor nahezu 2500 Jahren. Interessanter: Was fließt dort zusammen? Was entsteht da für ein Gemisch?

Orbán nimmt in seinem Land gern die Unterstützung noch weiter rechts stehender Schlägertrupps in Anspruch. Die AfD hält weiterhin zu den flaschenwerfenden und pfeffersprayenden Pegida-, Pogida- oder Legida-Demonstranten. Der „AfD-Philosoph“ Marc Jongen, Freiburg, fordert mehr „thymos“ (Zorn, Wut) in der deutschen Politik. Sein Lehrer, Peter Sloterdijk, wünscht mehr „wohltemperierte Grausamkeit“ zur Abwehr von Asylsuchenden. Andersdenkende bezeichnet Heidegger-Biograf Rüdiger Safranski als unreif, naiv, weltfremd, als unzurechnungsfähige Kinder und weit unter seinem Reflexionsniveau stehend. Es sind längst nicht nur stiernackige alkoholisierte Glatzköpfe mit niedrigem Bildungsstand und altersfältige NPD-Funktionäre, die das rechte Spektrum bilden. Offen stellen sich auch Hochschullehrer wie der baden-württembergische Wirtschaftswissenschaftler und Fachhochschulprofessor Jörg Meuthen



für ein Landtagsmandat im Stuttgarter Landtag oder der als Direktkandidat in den Landtag Mecklenburg gewählte Rechtswissenschaftler an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald Professor Ralph Lothar Weber der AfD zur Verfügung.

In den vergangenen vier Jahrzehnten wurden ungeschriebene Koalitionen zwischen Gewalttätern einerseits und Professoren, Journalisten und Anwälten andererseits meist auf dem linken Spektrum identifiziert. Die „68er“ beherrschten angeblich neben ganzen Fakultäten und Universitäten vor allem Zeitungsredaktionen und Rundfunksender. „Lügenpresse“ nennt sie die neue Rechte.

Dass Neonazis ungehindert „befreite Zonen“ in Ostdeutschland schaffen konnten, Politiker demokratischer Parteien aus Angst um ihre Familien ihre Ämter niederlegten, gewalttätige Attacken gegen Ausländer bis hin zu Morden und Totschlägen zunahm: Honorige Bürger und Bürgerinnen, nicht nur in Bayern und Sachsen, erregte dies weniger als die Ankündigung, in Wohnortnähe eine Flüchtlingsunterkunft einzurichten. Folgerichtig erregte sie auch die Brandstiftung an solchen Einrichtungen kaum. Es ist nicht bekannt, dass sich die CSU während

ihrer Klausurtagungen in bayrischen Klöstern mit diesem Thema überhaupt befasste, geschweige denn ähnlich echauffierte wie über Merkels nach europäischem und deutschen Recht gebotenen Ablehnung einer „Obergrenze“ für politische Flüchtlinge.

Dabei hat dieses stillschweigende Zusammenwirken honorierter Bürger mit gewalttätigen, auch mordenden Twens in Deutschland Tradition und Kontinuität. Seit nahezu hundert Jahren und bis auf den heutigen Tag. „Der Schoß ist fruchtbar noch!“ Und gebiert weiter.

Rechte Gewalt brach unmittelbar nach dem Sturz des Kaisers und dem Verlust des 1. Weltkrieges aus. Die Übernahme der Regierungsgewalt am 9. November 1918 durch Unabhängige und Mehrheits-Sozialdemokraten brachte viele Groß- und Kleinbürger und Angehörige des niederen und höheren Adels in schiere Weltuntergangsstimmung. Sobald die bis dato niedergehaltenen „niederen Volksschichten“, insbesondere die Arbeiterschaft dank des nunmehr allgemeinen und gleichen Stimmrechts nach Wahlen die Mehrheiten in Parlamenten und Regierungen würden stellen können, würde es zwingend erforderlich sein, rücksichtslos gegen sie vorzugehen. „Arbeitslos“ gewordene Afrikakämpfer, durch das Kriegsende freigesetzte Berufssoldaten, im Baltikum nicht mehr erwünschte Freikorps: Alle beteiligten sich eifrig am Kampf gegen die neue Republik. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren im Januar 1919 die ersten prominenten Opfer. Doch sie bleiben bei weitem nicht die Einzigen. Emil Julius Gumbel, Professor für mathematische Statistik an der Universität Heidelberg, Sozialdemokrat und Pazifist, veröffentlichte schon 1920 eine Übersicht über „Zwei Jahre politische Morde“; 1922 folgte ein weit dickeres Buch: „Vier Jahre politische Morde“. In ihnen findet sich auch eine knappe Darstellung des Mordes an 15 Arbeitern aus dem thüringischen Thal. Mitglieder des Studentenkorps Marburg — Stukoma, bestehend vorwiegend aus bewaffneten Angehörigen Marburger schlagender Verbindungen — hatten sie in der Nähe des Dorfes Mechterstädt erschossen „auf der Flucht“, wie solche gezielten Tötungen damals häufig umschrieben wurden.

Dietrich Heither und Adelheid Schulze gaben ihrer im Metropol Verlag Berlin 2015 erschienen vorzüglich recherchierten und fesselnd zu lesenden Studie „Die Morde von Mechterstädt 1920“ den Untertitel: „Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland“. Dietrich Heither studierte in Marburg und ist heute Lehrer für Geschichte an einer Gesamtschule. Es ist wohl auf seine Schulpraxis zurückzuführen, dass die Studie mit einer Vielzahl von Dokumenten versehen wurde, die in einem didaktisch zeitgemäßen Geschichtsunterricht exzellent zu verwenden sind. Adelheid Schulz ist Leiterin des Heimatmuseums Thal, in dem die Dokumente über die Morde gehütet werden und zu besichtigen sind.

Es waren nicht die ersten von Rechtsradikalen begangenen — und nicht geahndeten — Morde, wie Gumbel aufzeigte. Aber nie zuvor war das Zusammenspiel so offensichtlich wie das jener von der neuen Republik in ihrer Freiheit in Forschung und Lehre geschützten Professoren mit offen republikfeindlichen Studenten, der „Alten Herren“ in den Justizapparaten mit ihrer die Verfassung gewalttätig bekämpfenden „Aktivitas“ und dem städtischen Bürgertum in Marburg, das in seinem Hass gegen die nun gleichermaßen stimmberechtigten Arbeiter keine moralischen Regeln und gutbürgerlichen Umgangsformen mehr beachtete.

Im Januar 1919 waren die Abgeordneten für die Nationalversammlung, die die neue Verfassung erarbeiten sollten, gewählt worden. Die die Republik stützenden Parteien SPD, Zentrum und DDP hatten mehr als 75% der Stimmen erhalten. Im August 1919 trat die neue Verfassung in Kraft. Nach heftigen Diskussionen in der Regierung war auch der Versailler Friedensvertrag Ende 1919 unterzeichnet worden. Die darin festgeschriebene Verminderung der Anzahl der Reichswehrsoldaten von 400.000 auf 100.000 zum 1. Januar 1920 und die Beendigung der Unterstützung der rund 120 Freikorps im Baltikum, aber auch im Reich selbst, führte am 13. März 1920 zum Putsch, angeführt durch den in den Ruhestand geschickten ehemals Kommandierenden General des Reichswehr-

Gruppenkommandos in Berlin, General von Lüttwitz, und der Marinebrigade Ehrhardt. Als neuen Reichskanzler riefen die Putschisten den Generallandwirtschaftsdirektor Wolfgang Kapp aus. Er hatte während des Krieges die „Deutsche Vaterlandspartei“ gegründet und sollte der Garant für eine antirepublikanische Politik sein. Ein weiterer Sympathisant war General Ludendorff. Die Ziele des Putsches waren selbst den Beteiligten nicht klar, außer dass die Republik und die Demokratie in allen Ausprägungen beseitigt werden sollten.

Die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung rief mit Zustimmung des Zentrums und gestützt vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zum Generalstreik und zum bewaffneten Schutz der republikanischen Institutionen durch „Zeitfreiwilligenverbände“ auf. Letztere sollten unter dem Kommando von Reichswehreinheiten stehen. Das entschlossene Handeln der Gewerkschaftsmitglieder wirkte. Der Putsch brach nach 100 Stunden zusammen. Kapp setzte sich am 17. März nach Schweden ab. Der Aufruf der Reichsregierung kam den Marburger schlagenden Verbindungen sehr zu pass. Sie hatten sich auf den Korporationshäusern schon lange vor dem Kapp-Putsch illegal bewaffnet und unter Führung von Offizieren der in Marburg stationierten Reichswehr-Einheit, dem Jäger-Bataillon, Wehrrüchtigung betrieben, um im geeigneten Moment gegen die Republik wirkungsvoll losschlagen zu können. Nun standen sie mit einem Mal ganz legal unter Waffen. Das rasche Scheitern des Putsches hatte aber verhindert, dass es offenbar wurde, auf welcher Seite sie hätten kämpfen wollen. Nun sollten sie wie alle anderen auch rasch die Waffen abgeben. Dies vermieden sie dadurch, dass sie sie in einem speziell für sie reservierten, formal unter Obhut der Marburger Jäger stehendes Depot lagerten.

Dem Aufruf der Reichsregierung waren viele Putschisten jedoch nicht sofort nachgekommen. Deshalb behielten auch ihre Gegner in den Arbeiterkompanien ihre Waffen. Nach kurzen Kämpfen insbesondere im Ruhrgebiet und in Thüringen schien den „Linken“ ein Sieg zu gelingen. Ob dieser Erfolge

der Putschgegner drohte nun in den Augen des Reichswehrministers Noske nicht mehr eine rechte, sondern eine linke Machtergreifung. Oder, wie es der spätere Kommandeur des Studentenkorps Marburg, Bogislav von Selchow, schon am 19. März mit Bezug auf den Januar 1919, verkündete: Jetzt gelte es, „Deutschland von den Spartakisten zu erretten“ (Bogislav von Selchow: Hundert Tage aus meinem Leben, Leipzig 1936, S. 322). Am gleichen Tag hatte Freiherr Schenk zu Schweinsberg, Major und Befehlshaber der rd. 300 Soldaten in der Jäger-Kaserne in Marburg, der sich nach anfänglichem Zögern auf die Seite der Putschisten gestellt hatte, den folgenden Aufruf an öffentlichen Straßen und Plätzen angeschlagen:

„Das Vaterland ist in höchster Gefahr. In Thüringen ist Aufruhr. Bewaffnete Banden durchziehen raubend und plündernd das Land. Dringende Hilfe ist daher notwendig! Die Truppe in Marburg einschließlich der Zeitfreiwilligen wird in kürzester Zeit dorthin abtransportiert. Alle Behörden und alle politischen Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, werden zur Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufgerufen“ (von Selchow, S. 323).

Damit hatten die Marburger Korporierten genau jene Gegner, auf die sie schon immer einen Hass hatten. Und die sie nun im Namen der Republik bekämpfen durften. Das Ergebnis: „Dieselben Studenten, die noch im Kapp-Putsch Demokratie und Republik beseitigen wollten, (sollten) nun, am 20. März zur angeblichen „Rettung des Vaterlandes“ nach Thüringen ziehen (Heither, S. 141).

Innerhalb von weniger als 24 Stunden bildeten 1.800 der rund 3.000 Studenten als „Zeitfreiwillige“ das „Studentenkorps Marburg“, „von denen der weitaus größte Teil das Eiserne Kreuz besaß und im Felde gewesen war. Mit diesem Korps konnte man jeden Teufel aus der Hölle holen“ (von Selchow, S. 327). Das Stukoma bestand aus 10 Kompanien, davon acht ausschließlich aus Verbindungsstudenten. Einer „Volkskompanie“ gehörten demokratische Studenten und Arbeiter an, unter ihnen der spätere Bundesminister Ernst Lemmer. Eine



Gedenkstein für die Ermordeten von Mechterstädt

Foto: Annegret Ehmann

Kompanie stellten nicht-korporierte Studenten der Medizin.

Kommandeur der Stukoma wurde der ehemalige Kapitän zur See und seit 1919 Student in Marburg, Bogislav von Selchow. Von Selchow war 1877 im pommerschen Leba geboren; er stammte aus altem, nicht-wohlhabendem Adel. So entschied er sich für die Laufbahn des Marineoffiziers. Hier brachte er es bis zum Ende des 1. Weltkriegs zum Kapitän. Einer Verbindung gehörte er nicht an, dazu fühlte er sich zu alt. Das machte ihn aber gleichzeitig zum geeigneten Führer für alle. Er beendete sein Studium nicht, sondern entschied sich 1925 für ein Leben als Dichter und Schriftsteller. Er starb 1943. Seine Bücher sind heute nur noch antiquarisch zu erhalten.

Sein Erster Adjutant war der ehemalige Oberleutnant und seit 1919 Medizinstudent in Marburg, Otmar Freiherr von Verschuer, Mitglied im Verein deutscher Studenten (V.d.St.), einer prominent antisemitischen Verbindung. Von Selchow nannte ihn in seinen Erinnerungen „Hundert Tage aus meinem Leben“: „Ein besserer Erster Adjutant als Verschuer war nicht zu denken. Wenige Jahre später wurde er einer der bahnbrechenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der Rassenhygiene“ (Selchow, S. 326). Verschuer war von 1942

bis 1945 Nachfolger seines Lehrers Eugen Fischer als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem. Verschuer war auch Förderer des KZ-Arztes Josef Mengele. Mengele war sein Assistent und Doktorand bereits an der Universität Frankfurt/M. 1937, also schon bevor Verschuer Direktor des KWI in Berlin wurde und Mengeles Zuarbeit aus Auschwitz nutzte. Verschuers akademische Karriere endet erst 1965 an der Universität Münster mit der ehrenvollen Emeritierung. Er war sich keiner Schuld bewusst: Man habe „damals“ seine Forschungen missbraucht.

Als sich am 20. März sechs der zehn Kompanien mit rund 800 „Zeitfreiwilligen“ zum Abmarsch bereit machten, hielt der Rektor der Universität, Geheimrat Wilhelm Busch, nach den Worten von Selchows, „eine ergreifende Ansprache. Etwas von der Stimmung des 1. August 1914 wurde wieder in uns lebendig, wenn gleich jeder von uns gewünscht hätte, es ginge wieder wie damals gegen einen äußeren Feind und nicht gegen im Banne und im Solde Moskaus stehende Volksgenossen“ (S. 326).

Doch zu einem Kampf kam es nicht. Als die Stukoma am 22. März in Eisenach Quartier bezog, hatte „sich die

Lage wieder offensichtlich beruhigt“ (Heither S. 152). Zum „Leidwesen (des Stukoma), wünschte es doch nichts sehnlicher als endlich seiner Aufgabe gemäß die gefährdeten Striche Thüringens von den Spartakisten zu säubern“ (ebd.).

Als das Stukoma am 24. März im Einsatzgebiet eintraf, hatten die „im Solde Moskaus stehenden Volksgenossen“ sowohl die Reste der rechten Putschisten entwaffnet als auch ihrerseits die Waffen nach getaner Arbeit beim Bürgermeister in Thal abgegeben (Heither, S. 158). Eigentlich war damit der Auftrag erledigt, ohne dass ein Schuss gefallen oder ein „Spartakist“ erschossen worden war. Das war unbefriedigend. Deshalb forderte von Selchow ein „schärferes Durchgreifen“. Der Brigadekommandeur Generalmajor Rumschöttel „gab mir vollkommen recht. Doch seien ihm die Hände gebunden [...] Ich erklärte ihm, dann müsse er sich gefasst machen, dass wir gegebenenfalls auf eigene Faust handelten. Wenn es zur Abkürzung des Feldzuges beitrüge, würde er sich als Soldat darüber freuen, wenn er es auch nach oben nicht vertreten könne. Wir hatten uns wieder verstanden“ (von Selchow, S. 331). So nahm die Stukoma, Denunziationen folgend, diejenigen gefangen, die die rechten Putschisten entwaffnet hatten und nun selbst auch waffenlos waren. Von Selchow hatte den Befehl erteilt, „die Hauptanführer der Banden, die hier in der Gegend gehaust hatten“, gefangen zu nehmen. Zudem sollten jene verhaftet werden, „die die Waffen eingesammelt hatten“ (Heither, S. 158). Die Gefangenen wurden nach Sättelstädt gebracht und im dortigen Spritzenhaus festgesetzt.

Das Ende ist rasch erzählt: Als die Einheiten der Reichswehr und die Stukoma am 25. März Richtung Gotha marschierten, wo es angeblich noch „Spartakisten“ gab, bildete ein Trupp von 14 Korps- und Burschenschaftsstudenten, 15 gefangene „Rädelsführer“ bewachend, die in Gotha vor ein Standgericht gebracht werden sollten, die Nachhut. Doch bis Gotha kamen sie nicht.

Die Gefangenen wurden in der Nähe von Mechterstädt jeweils zu zweit oder zu dritt im Abstand von zwei- bis dreihundert Metern und acht bis 15 Schritte „von der Mitte der Straße“ (S. 163) „auf der Flucht“ erschossen. Als General Rumschöttel und Stukoma-Führer von Selchow den Vorbeimarsch der Truppen wenige Kilometer vor Gotha abnahmen, erläuterte von Selchow dem General, was bei Mechterstädt vorgefallen war: Ihm sei „zwar eine standgerichtliche Aburteilung in Gotha lieber gewesen. Aber auch so sei bei allem Mitgefühl für die Hinterbliebenen die Schnelligkeit des Handelns der Studenten anzuerkennen und zu begrüßen. Denn dass die Roten, nachdem sie gesehen, dass wir nicht spaßten, sich weiter bereit fänden zu kämpfen, das glaubte ich nicht. ‚Ich glaube, Sie haben recht‘, sagte der General und gab mir die Hand. Es kam zu keinem Kampfe mehr“ (S. 337).

Ernst Lemmer hatte als Mitglied der 9., der Volkskompanie, die Ereignisse aus der Nähe miterlebt und unmittelbar danach Parteiführung und Fraktion der DDP informiert. Während das demokratische — von Selchow nennt es das „rote“ — Deutschland sich erregte, bereitete die Stukoma ihre Rückkehr nach Marburg für den 4. April vor. Es sollte ein Triumphzug werden. Von Selchow: „Die Reichsregierung hatte den Eisenbahnzug, der uns in unsere Universitätsstadt zurückbringen sollte, so angesetzt, dass er um 3.30 Uhr morgenseinträfe. Dann schlief Marburg noch [...]. Diesen Gefallen wollte ich der Regierung nicht tun. Ich hatte [...] dem Zugführer gesagt, dass wir unter keinen Umständen vor 6 Uhr in Marburg eintreffen dürften [...]. Als wir in unserem Heimatbahnhof einliefen, war nicht nur ganz Marburg auf den Beinen, nicht nur die Kapelle des Jägerbataillons, sondern auch zu unser größten Freude Seine Magnifizienz, der Rektor der Universität Geheimrat Busch selbst“ (von Selchow, S. 338).

Selbstverständlich ging es nicht ohne Reden ab. Von Selchow gab dabei die in den folgenden Gerichtsverfahren vorherrschende Interpretation der Morde von Mechterstädt vor: „Ich weiß, dass wir vor vierzehn Tagen ausgerückt sind

mit reinem Herzen und reinen Händen, und dass wir heute heimkehren mit reinem Gewissen“ (ebd. S. 339). Hinter diesen Worten durfte Magnifizienz nicht zurückstehen. Von Selchow gibt seine Worte wie folgt wieder: „So schwer ihm sein Rektorat gemacht würde, er sei stolz auf seine Studenten. Wie auch der Reichstag uns verunglimpfe, Rektor und Senat stünden in einer durch nichts zu erschütternden Treue zu ihren Studenten“ (ebd., S. 340).

Der Marsch der Stukoma von Marburger Bahnhof durch die Stadt zurück auf die Verbindungshäuser am Schlossberg führte durch ein dichtes Spalier jubelnder Marburger Bürgerinnen und Bürger.

Dennoch wurde gegen die 14 Studenten Anklage wegen Mordes an 15 Arbeitern erhoben. Im Juni 1920 wurden sie vom Kriegsgericht in Marburg, im Dezember 1920 vom Schwurgericht in Kassel freigesprochen. Sie machten die einem Juristen oder Mediziner damals „zustehende“ Karriere, vor und nach 1933.

Alle Verbindungen, denen die damaligen Schützen angehörten, existieren heute noch. Die Burschenschaften, denen einige der damaligen Schützen angehörten, sind heute bei den „rechten“ Burschenschaften zu finden. Lediglich das Corps Hasso-Nassovia erwähnt, dass Mitglieder des Corps in der „Tragödie von Mechterstädt“ 1920 eine „unrühmliche Rolle“ gespielt hatten. Bei den anderen Verbindungen findet die Beteiligung von Verbindungsbrüdern an dieser „Tragödie“ keine Erwähnung.

Aber es gibt auch eine andere Verbindungslinie: Zu den ersten Spendern für die Versorgung der Hinterbliebenen gehörte im November 1920 Wolfgang Abendroth, unter den Nazis von 1937 bis 1941 im Gefängnis, 1943 zum Dienst in der Strafddivision 999 eingezogen, illegale Tätigkeit in der SBZ für die zwangsverschmolzene SPD, Flucht im Dezember 1948, seit 1950 bis zu seiner Emeritierung 1972 Professor für wissenschaftliche Politik an der Philipps-Universität Marburg. Unter den Marburger Professoren war er mit wenigen anderen stets in der Minderheit.

Christoph Ehmann, Berlin